



Anlage 1 zu TOP 4

Bürgermeister geben Denkanstöße

Aktionsgruppe „Kommunal Finanzen 2022“ gegründet / Erstes Treffen in Heyrothsberge

Mehrere Bürgermeister aus Sachsen-Anhalt haben sich zu einer Aktionsgruppe „Kommunal Finanzen 2022“ zusammengeschlossen. Sie wollen die Landespolitik auf die finanzielle Schieflage der Kommunen aufmerksam machen.

Auch aus der Börde sind mehrere Vertreter mit von der Partie.

Von Thomas Rauwald

Heyrothsberge • In Sachsen-Anhalt formiert sich eine Aktionsgruppe von Städte- und Gemeindebürgermeistern, die das Land auf die finanzielle Schieflage zwischen der Bundes- und der Landeskasse auf der einen Seite und den Kommunal Finanzen auf der anderen Seite aufmerksam machen wollen.

„Wir müssen uns selbst helfen, weil uns keiner hilft“, sagt der Biederitzer Gemeindebürgermeister Kay Gericke als Gastgeber der ersten Zusam-

menkunft von Initiativmitgliedern, die sich in der Aktionsgruppe „Kommunal Finanzen 2022“ verbünden. Gericke sagte weiter: „Die Sonntagsreden kennen wir alle, die können wir nicht mehr hören. Wir sind es leid, immer mehr zu sparen und zu streichen und den Bürgern, mit denen wir Tag für Tag zu tun haben, zu erklären, was nicht zu erklären ist.“

Was er damit meint, sprechen der Genthiner Bürgermeister Thomas Barz und Jens Hünnerbein aus Gommern aus. Während der Bund und das Land Sachsen-Anhalt schwarze Nullen schreiben, ohne neue Schulden auskommen und der sachsen-anhaltische Finanzminister Bullerjahn von einer glanzvollen Finanzpolitik sprechen, „müssen wir das Gegenteil konstatieren“.

Wenn sich das Land gesundfinanziert habe, dann auf Kosten der Städte und Kommunen. Kämmerin Regina Sobeck aus Oebisfelde meint, es gebe nichts mehr zu sparen, und doch stünden die Verwaltun-

gen vor den Bürgern als die Bösewichte da.

Die sich formierende Gruppe von Bürgermeistern will die Aufmerksamkeit der Landespolitik auf die Kommunal Finanzen lenken. Das Land habe den Kontakt nach unten verloren, konstatieren sie. Dem neu zu wählenden Landtag muss deutlich werden, wie groß die Finanznot an der Basis sei und dass dies negative Auswirkungen auf die gesellschaftliche Stimmung habe.

Fachliche Begleitung durch einen Finanzexperten

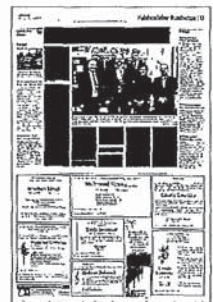
Vorwiegend von Bürgermeistern aus dem Jerichower Land ist die Idee zur Bildung der Gruppe „Kommunal Finanzen 2022“ entwickelt worden. Bei der Auftaktveranstaltung kürz-

lich in Heyrothsberge waren Bürgermeister Jörg Methner (Sülzetal), Bürgermeister Jens Hünnerbein (Gommern), Bürgermeister Martin Stichnoth (Wolmirstedt), Bürgermeister

Thomas Barz (Genthin), Kämmerin Regina Sobeck (Oebisfelde-Weferlingen) und der Biederitzer Bürgermeister Kay Gericke mit dem Finanzexperte Kai Kühner, der die Kommunalpolitiker fachlich begleiten wird, im Gespräch.

15 Mitglieder hat die Gruppe derzeit. Es gibt viele Interessensbekundungen. Auch der Städte- und Gemeindebund unterstützt die Initiative. Der Name ist gewählt worden, weil die Mehrzahl der Städte und Kommunen noch mindestens bis 2022 mit Schulden leben wird.

An die Landespolitik gab es aus Heyrothsberge erste Denkanstöße: Die Gewerbesteuer sollten Land oder Bund, nicht die Kommune erheben; Sparen müsse belohnt werden; wirklich auskömmliche Zuweisungen sind die Basis der kommunalen Selbstverwaltung; für die Kitas sollten landesweit gleiche Standards und Kosten gelten.



Zweites Treffen

Schwierige Zeiten für Kommunen

29.02.2016, Detlef Eicke



Auf große Resonanz ist das zweite Treffen der Arbeitsgruppe „Kommunalfinanzen 2022“ bei den Bürgermeistern zahlreicher Städte und Gemeinden gestoßen. Die Anwesenden begrüßten am Freitag in Osterweddingen auch Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht. Diskutiert wurde die angespannte Finanzsituation. Foto: Detlef Eicke

Die gemeindeoffene Arbeitsgruppe „Kommunalfinanzen 2022“ ist zu ihrer zweiten Gesprächsrunde zusammengetroffen.

Osterweddingen | Zum Diskurs waren auch die Vertreter der Landesregierung sowie der Städte- und Gemeindebund eingeladen worden.

Die Initiatoren konnten am Freitag zahlreiche hauptamtliche Bürgermeister aus Sachsen-Anhalt begrüßen. Der Einladung war auch Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) gefolgt. „Wir freuen uns, dass unser Minister hier vor Ort war, um sich mit unseren Problemen vertraut zu machen. Wir erwarten, dass die Warnrufe ernst genommen und wir in unseren Forderungen unterstützt werden“, berichtet Sülzetals Bürgermeister Jörg Methner (SPD) als Gastgeber, der auch zu den Gründern der Arbeitsgruppe gehört.

Kein Entscheidungsfreiraum mehr

In den letzten Jahren hat sich die Finanzlage der Kommunen in Sachsen-Anhalt dramatisch zugespitzt. Die finanzielle Situation lässt kaum noch Entscheidungsfreiraum für kommunale Entwicklung zu. „Umso mehr ist es wichtig, eine nachhaltige und solide Finanzausstattung der Kommunen zu gewährleisten“, bekräftigte Bert Knoblauch, Oberbürgermeister der Stadt Schönebeck/Elbe, die Forderungen der Arbeitsgruppe.

„Ziel der Arbeitsgruppe ist, im Dialog mit dem Land eine Lösung zu erarbeiten, die es ermöglicht, die Aufgaben der Kommunen anhaltend zu sichern“. Mit diesen Worten eröffnete der Moderator der

Veranstaltung, Kai Kühner, er ist langjähriger Berater von Kommunen und Autor von kommunaler Fachliteratur, die Veranstaltung. „Die Ergebnisse der Arbeitsrunde werden in einem Positionspapier zusammengefasst und in die anstehenden Koalitionsverhandlungen der künftigen Landesregierung einbezogen“, so Thomas Barz, Mitinitiator und Bürgermeister der Stadt Genthin.

Im Laufe der Gespräche wurde durch die über 30 Anwesenden die Forderung deutlich, dass mehr Geld vom Bund in den Kommunen ankommt. Um diese am Leben zu erhalten, müssen laut einer Berechnung des Städte- und Gemeindebundes 300 Millionen Euro fließen.

Regelung der Steuerhebesätze

Auch mahnt die Arbeitsgruppe die Überarbeitung des Kinderbetreuungsgesetzes an. Die Kinderbetreuung müsse wieder in die Hände der Kommunen abgegeben werden. Aufgrund des Gesetzes seien durch Mehreinstellungen von Erziehern die Personalkosten drastisch in die Höhe geschnellt. Von der Kommunalaufsicht wird erwartet, dass sie mehr Verständnis für die Kommunen entwickelt. Ein weiterer Wunsch der Kommunen ist eine vom Land vorgegebene einheitliche Regelung der Steuerhebesätze. Bund und Land schreiben schwarze Zahlen. Viele Kommunen hingegen bewegen sich am Abgrund. Pflichtaufgaben und freiwillige Leistungen stünden auf dem Prüfstand. Hier müsse gehandelt werden.

Der offene Dialog mit dem Innenminister und den Spitzenkandidaten, so lautet die Erwartungshaltung, soll fortgesetzt werden. „Politik muss wieder auf Augenhöhe gestaltet werden“, stellte Kay Gericke, Bürgermeister der Gemeinde Biederitz, fest.

Die Beteiligten verständigten sich auf eine Fortsetzung der gemeindeoffenen Arbeitsrunde „Kommunal финанzen 2022“. Am Freitag, 1. April, in der dritten Gesprächsrunde in Schönebeck/Elbe wird das Positionspapier vorgestellt und abschließend beraten. Es wird mit großem Interesse und reger Beteiligung der Kommunen Sachsen-Anhalts gerechnet.

Gemeinsame Pressemitteilung

Gemeinde Biederitz, Stadt Genthin, Stadt Gommern, Stadt Oebisfelde-Weferlingen, Gemeinde Sülzetal und Stadt Wolmirstedt

Gemeindeoffene Arbeitsgruppe „Kommunal финанzen 2022“

Vor wenigen Tagen trafen sich in Heyrothsberge die Bürgermeister bzw. Vertreter der oben benannten Kommunen.

Es ging bei diesem ersten Treffen um einen Erfahrungsaustausch zu der momentanen Situation der kommunalen Finanzen, einer Rückschau auf die letzten Jahre und die Skizzierung der zu erwartenden Situation in den nächsten Jahren.

Schnell wurde klar, dass sich die Finanzlage der Kommunen in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren dramatisch zugespitzt hat. Wir haben eine finanzielle Situation erreicht, die die Entscheidungsträger (Bürgermeister und Stadt- bzw. Gemeinderäte) eher als Zwangsverwalter agieren lässt, anstatt Stadtentwicklung zu betreiben und eine Umsetzung wichtiger Investitionen in die Zukunft ermöglicht.

Im Verlauf des Gespräches kristallisierte sich auch heraus, dass es kein solitäres Problem einzelner Kommunen ist. Ein signifikanter Anteil der Kommunen in Sachsen-Anhalt ist nicht mehr in der Lage, die Aufgaben, insbesondere nunmehr auch die sogenannten „Pflichtaufgaben“, finanziell abzubilden.

Viele Kommunen haben bereits jetzt erhebliche Kredite zur Deckung des mit der Leistung von Pflichtaufgaben verbundenen Finanzmittelbedarfs angehäuft. Weiterhin ist absehbar, dass die Kommunen schnell, stetig und ohne Aussicht auf Erfolg einer eigenen Konsolidierung, in die „roten Zahlen“ rutschen bzw. fallen. Die zur Verfügung stehenden Mittel aus Investitionspauschalen decken nur einen geringen Teil des angehäuften Investitionsstaus auf kommunaler Ebene.

Besonders bedrohlich ist der exorbitante Anstieg der sogenannten Liquiditätskredite. Diesen stehen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber, sondern dienen nur der Liquiditätssicherung. Sie sind die Offenbarung der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden. Die Spaltung in reiche und arme Kommunen vertieft sich. Die Kommunen sind in einen Teufelskreis aus Überschuldung, Abwanderung sowie fehlender Attraktivität vor Ort geraten und benötigen den ausdrücklichen Willen und die Unterstützung des Landes, gemeinsam die Situation zu meistern. Die Lage der Kommunen wäre sogar noch weitaus dramatischer, wenn sie nicht von den derzeitigen Niedrigzinsen profitieren würden.

Eine gemeinsame „schwarze Null“ bei Bund, Land **UND** Kommunen muss das Ziel sein.

Natürlich ist allen Kommunen bewusst, dass sie notwendige Maßnahme erlassen müssen, um eine stabile Finanzsituation im Zusammenwirken mit den Zuweisungen des Landes zu erzielen. Hier treten die jeweiligen Räte mit ihren Verwaltungen in einen bewussten und konstruktiven Dialog. Dennoch sind Divergenzen sichtbar; sind doch die einzelnen Kommunalverwaltungen an bestehende Gesetze sowie den Anordnungen der jeweiligen Aufsichtsbehörden gebunden und können somit bestimmte politische Ziele der Stadt- und Gemeinderäte nicht umsetzen.

Einen abrupten Wechsel in der Systematik des Finanzausgleichgesetzes (FAG) sieht man eher skeptisch. Nicht das FAG in Gänze, sondern einzelne Mechanismen bzw. die „Amplituden“ des Ausschlags bei sich verändernden Rahmenbedingungen zwingen die Kommunen in die Knie. Auch hier wird zur Vermeidung von Wiederholungen auf die Forderungen des SGSA verwiesen. Es ist jedoch vollends klar, dass die Kürzungen der letzten Jahre prekär waren, mithin die „Verteilmasse“ einen deutlichen Zuwachs erfahren muss. Der Vollständigkeit halber muss man auch die durch die Kommunen zu schulternden finanziellen Auswirkungen des KiFöG betrachten. Wenngleich wir eine moderne und qualifizierte Kinderbetreuung als wichtigen Meilenstein gegen die Abwanderung sehen, so wurden und werden viele Bemühungen zur Konsolidierung durch die weitreichenden Änderungen schlicht zunichtegemacht.

Mit Blick auf die kommende Landtagswahl und die anstehenden Koalitionsverhandlungen ist es den Akteuren wichtig, bereits jetzt den Dialog zu eröffnen, um belastbare und ausgewogene Kommunalfinanzen in einer Mischung aus Realsteuern und Zuweisungen zur Verfügung zu haben. Mithin müssen die Koalitionsverhandlungen nach dem 13.03.2016 auf Landesebene mit Blick auf die prekäre Finanzsituation der Kommunen geführt werden.

Die Beteiligten machen sich die bisherigen Ausführungen und Forderungen des SGSA ausdrücklich zu eigen und möchten mit den Vertretern des Landtages bereits jetzt die Möglichkeiten ausloten, wie den Kommunen eine solide Finanzausstattung in den nächsten Jahren gesichert werden kann. Ohne eine nachhaltige Lösung werden viele Kommunen nicht aus eigener Kraft ihren Pflichtaufgaben nachkommen, geschweige denn ihre Kredite abbauen können und Handlungsspielräume auf kommunalpolitischer Ebene ermöglichen.

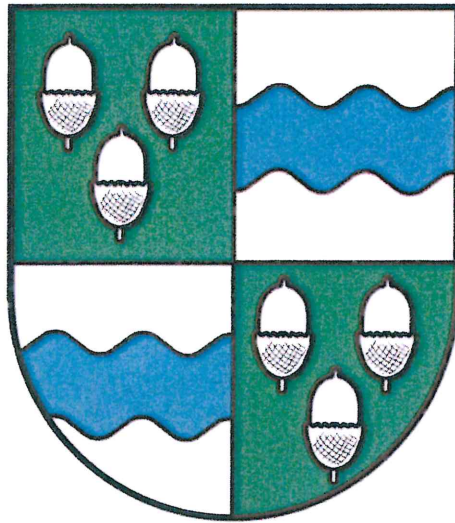
Die beteiligten Kommunen haben den Willen bekundet, die gemeindeoffene Arbeitsgruppe „Kommunalfinanzen 2022“ zu gründen, um dem SGSA zur Seite zu stehen, einen konstruktiven Dialog mit dem Land zu führen und auch dafür Sorge zu tragen, dass Meinungsverschiedenheiten im Vorfeld besprochen, Kompromisse gesucht und langwierige Gerichtsverfahren vermieden werden.

Eine weitere Gesprächsrunde ist nunmehr für den 26.02.2016 in der Gemeinde Sülzetal avisiert. Eine entsprechende Einladung zu dieser Gesprächsrunde haben die Vorsitzenden der Fraktionen im Landtag, der SGSA sowie der Präsident des Landesrechnungshofes erhalten. Gleichwohl würden die Beteiligten sich freuen, wenn weitere interessierte Bürgermeister/innen des Landes Sachsen-Anhalt teilnehmen, um offene Fragen und Anregungen ansprechen zu können.

Für die Organisation der 2. Zusammenkunft der gemeindeoffenen Arbeitsgruppe zeichnet der Bürgermeister der Gemeinde Sülzetal; Herr Jörg Methner, verantwortlich.

Die Veranstaltung findet am Freitag, dem 26.02.2016, um 10:30 Uhr, in Osterweddingen, Lange Göhren 15 (Feuerwehr) statt. Es wird um eine kurze Voranmeldung, telefonisch unter der Rufnummer: 039205 64610 oder per E-Mail: buergermeister@gemeinde-suelzetal.de gebeten.

Vertreter der Presse sind ab 11:30 Uhr herzlich willkommen.



Resolution des Gemeinderates Biederitz

zur Finanzausstattung gemäß FAG-LSA

Gemeinsame Resolution der Mitglieder des Gemeinderates Biederitz

Situation der Kommunalfinanzen seit der Novellierung des

FAG-LSA im Jahr 2010

Der Gemeinderat Biederitz hat im Oktober 2015 eine Festlegung zur Einreichung einer Resolution zur den Kommunalfinanzen bei der Landesregierung in Magdeburg getroffen.

Seit der Novellierung des FAG im Jahr 2010 sind die Kommunalfinanzen rückläufig und für die Erfüllung der Aufgaben nicht mehr auskömmlich.

Die Situation hat sich dramatisch zugespitzt bzw. es ist eine Situation erreicht, die die Entscheidungsträger, sprich Bürgermeister bzw. Gemeinderäte, eher als Zwangsverwalter agieren lässt. Kreativität und Gestaltungsspielraum sind absolut nicht mehr gegeben. Eine Gemeindeentwicklung findet nicht mehr statt und wichtige Investitionen in die Zukunft werden verhindert.

Diese Situation ist kein solitäres Problem einzelner Kommunen, sondern ein signifikanter Anteil der Kommunen in Sachsen-Anhalt ist nicht mehr in der Lage, die Aufgaben, insbesondere nunmehr auch die sogenannten Pflichtaufgaben finanziell im Haushalt abzubilden.

Die vielen Kredite, die bisher angehäuft wurden, lassen erkennen, dass es absehbar ist, dass die Kommunen sehr schnell und stetig und ohne Aussicht auf Erfolg einer eigenen Konsolidierung, nicht in die „roten Zahlen“ rutschen sondern schwerelos fallen.

Mit Blick auf die kommende Landtagswahl und die anstehenden Koalitionsverhandlungen ist es den Akteuren wichtig, dass wir bereits jetzt den Dialog eröffnen möchten, um belastbare und auskömmliche Kommunalfinanzen in einer Mischung aus Realsteuern und Zuweisungen zur Verfügung zu haben, sprich die Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl auf Landesebene auch im Licht der argen Not der Kommunen zu führen.

Der Gemeinderat der Gemeinde Biederitz macht sich die bisherigen Forderungen des SGSA zu eigen und möchte in Solidarität mit den Kommunen

im Land Sachsen-Anhalt alle Möglichkeiten ausloten, wie man den Kommunen eine solide Finanzausstattung in den nächsten Jahren sichern kann. Ohne eine belastbare Lösung werden viele Kommunen nicht mehr aus eigener Kraft ihre hohen Kredite abbauen können, geschweige denn wird es in Zukunft Handlungsspielräume geben.

Besonders bedrohlich finden wir die exorbitante Anhäufung von Liquiditätskrediten. Diesen stehen keinerlei Vermögenswerte oder Investitionen gegenüber, sondern diese dienen nur der Zahlungsfähigkeit der Kommune. Sie sind die eigentliche Offenbarung der entstandenen Handlungsunfähigkeit der Gemeinden. Eine Trennung in arme und reiche Kommunen nimmt immer mehr zu. Es ist ein Teufelskreis entstanden, in dem Überschuldung und fehlende Attraktivität vorherrschen.

Die Kommunen benötigen den ausdrücklichen Willen und die Unterstützung des Landes um gemeinsam die seit Jahren währende Situation zu verändern und zu meistern.

Wäre am Markt nicht ein seit Jahren herrschender Niedrigzins, würden die Kommunen noch stärker in die Schuldenfalle geraten.

Unser gemeinsames Ziel muss eine „schwarze Null“ bei allen Beteiligten sein – dem Bund, den Ländern und den vielen Kommunen.

Uns ist es als Gemeinde Biederitz bewusst, dass wir jeden nur möglichen Punkt der Konsolidierung betrachten müssen, um eine stabile Finanzsituation in der Gemeinde zu erwirken. Das FAG muss und wieder Handlungsspielraum geben um den vorherrschenden Ausschlägen gerecht zu werden. Das zwingt uns oftmals in die Knie. Unsere Konsolidierungsanstrengungen werden durch das FAG nicht honoriert, im Gegenteil, sie werden uns angerechnet und abgezogen. Die Verteilmasse aus dem FAG muss zu Gunsten der Kommunen verändert werden.

Besonders groß wird der Aufwand aus dem KIFÖG eingeschätzt. Bei den vorherrschenden weitreichenden Änderungen, wird jede Konsolidierung zu Nichte gemacht.

Gemeinsam mit dem SGSA will die Gemeinde Biederitz dafür Sorge tragen, dass alle Probleme im Vorfeld besprochen werden, Kompromisse erarbeitet werden und unnötige Verfahren vor einem Gericht vermieden werden.

Bitte helfen Sie uns und den vielen anderen Städten und Kommunen bei der Erarbeitung von soliden Kommunal финанzen. Das kommunale Leben und die kommunale Selbstverwaltung dürfen nicht dem Schuldenabbau im Land zum Opfer fallen.

Wir, die vielen kleinen Kommunen und die Städte im Land sind das pulsierende Leben und die Stützen des Landes Sachsen-Anhalt.

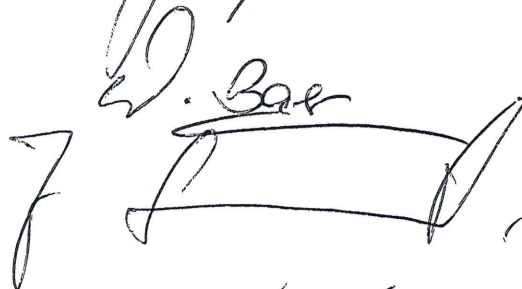
Dafür geben wir unsere Unterschrift unter diese Resolution, in der Hoffnung gemeinsam mit der Landesregierung Möglichkeiten einer besseren Finanzausstattung zu finden.



Christoph Zucht

Joh. Janke

Andreas Thiel

W. Bae




E. Jank

W. Jank

Ch. Jank
H. Lapphoff

Christ. Jank

Paul Thiel

W. Jank

